

15 Pfennig



Vertrag

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereinigt: Täglich: "Unterhaltungsbblatt", "Finanz- und Handelsblatt" - Sonntag: Die illustrierte Beilage "Zeitsbilder" und "Literarische Umschau" - Mittwoch: "Reise und Wanderung" - Donnerstage: "Recht und Leben".

Wöchentlich 1.- Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard Varwin. Redakteur (im Ausnahmefall): Carl M. v. S. Berlin, Ullstein. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofsplatz 7 3800-3805 für den Verleger Carl M. v. S. Dönhofsplatz 600. Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheckkonto Berlin 690.

Der Beschluß der Volkspartei

Freie Bahn im Reich

Die letztstündige Beratung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei endet gestern Abend mit der einstimmigen Annahme folgender Entschlüsse:

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei billigt die Fassung der Verfassungsänderungs- und Verfassungsreform in der Koalitionsform. Der Zentralvorstand billigt die Forderung, daß eine fraktionell gebundene Regierung der Großen Koalition nur dann bilden kann, wenn aus freier Willigkeit Grundriss der gleiche Zustand in Preußen geschaffen wird.

Der Zentralvorstand will infolgedessen nach Beendigung der Reparationsverhandlungen in Paris unter Aufrechterhaltung seines Beschlusses zur Koalitionsform vom November 1928 erneut Stellung zu der politischen Lage nehmen, um die gleichzeitige Bildung der Koalition im Reich und in Preußen zu erreichen.

Der Zentralvorstand will sich anstrengen bei Überleitung der Deutschen Volkspartei mit Steuern und anderen Forderungen über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Er will die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als oberste Aufgabe der Reichsregierung betrachten, die die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als oberste Aufgabe der Reichsregierung betrachten, die die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als oberste Aufgabe der Reichsregierung betrachten.

Während der Reichstag ruhe, will die Koalitionsform wegen der parlamentarischen Schwierigkeiten leichtfertig, keine Zeit an bezugslos demokratische Interessen über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Er will die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als oberste Aufgabe der Reichsregierung betrachten, die die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als oberste Aufgabe der Reichsregierung betrachten.

Dieer Aufruf zur Beantwortung war ein Appell an überparteiliche Kreise aus dem Reichspolitischen Zentrum und anderen. Aber die Mehrheit der Reichspolitischen Zentrum und anderen. Aber die Mehrheit der Reichspolitischen Zentrum und anderen. Aber die Mehrheit der Reichspolitischen Zentrum und anderen.

Frankfurt politisch bedeutet der Beschluß des Zentralvorstandes, daß die Deutsche Volkspartei seine Einigung davor ablehnt, daß in die Reichsregierung drei Zentrumsmänner einziehen, wenn vorläufig auch nicht als Gegenleistung zwei Sitze im preussischen Kabinett für die Deutsche Volkspartei freigegeben werden. Das ist die Entscheidung der Parteimitglieder. Nicht ganz klar scheint zunächst aus dem Wortlaut hervorzugehen, ob die Deutsche Volkspartei auch bereit ist, mit einem so umgebildeten Kabinett eine fraktionsmäßige Bindung einzugehen. In dem Beschluß wird gefordert, daß eine fraktionell gebundene Regierung der Großen Koalition nur dann bilden kann, wenn aus freier Willigkeit Grundriss der gleiche Zustand in Preußen geschaffen wird. Hier scheint eine Interpretation notwendig, und sie wurde gefordert von führender Stelle der Deutschen Volkspartei dahin gehend, daß eine fraktionelle Bindung nicht möglich ist, unter zwei Bedingungen: Sie könne nur bis zum Ablauf

der Reparationsverhandlungen in Paris gelten und es müßte die Verbindung der Koalitionspartei über die Finanzfragen voraussetzen. Eine offizielle Erklärung Dr. Stresemanns gegenüber dem Reichstag wird erst heute erfolgen.

Der Reichstag wird erst dann in der Lage sein, die Initiative zu weiteren Verhandlungen mit dem Zentrum zu ergreifen. Man weiß bereits, daß das Zentrum bereit ist, die Koalition mitzutragen, wenn alle in der Regierungsbildung übernehmenden wollen. Eine nicht zu unterschätzende sachliche Schwierigkeit wird auf jeden Fall dadurch geschaffen, daß der Koalitionsentscheidung eine Einigung über die Finanzangelegenheiten vorausgehen soll.

Die Deutsche Volkspartei hat vor einigen Tagen beschlossen, daß der Etat für 1929 möglichst ohne neue Steuern gemacht werden soll durch Abdrücke in Höhe von etwa 350 Millionen Mark. Diese Forderung ist ausgenommen in der Entscheidung des Zentralvorstandes, obgleich völksparteiliche Politiker nicht den rein demokratischen Charakter des Antrags betrachten können. Der Reichsfinanzminister hat bereits bei der Vorbereitung im Kabinett Abdrücke in Höhe von 300 Millionen an den Verantwortlichen der einzelnen Ministerien vorgenommen, und es erscheint fast unmöglich, weitere Abdrücke in einer Gesamthöhe von 350 Millionen zu machen, denn es wird sehr schwer fallen, die Abdrücke für lokale Zwecke nicht zu bezeichnen, und ebenso schwer, Liefermengen an die Länder noch mehr zu kürzen. Man weiß, welcher Abdruck insbesondere von bayerischer Seite sich geltend macht und daß von der Bayerischen Volkspartei, schon um der Verfechter willen, der Verbotung in die Diskussion angebracht wurde.

Der ist aus früheren Erörterungen selber bekannt, wie sehr sich solche Verhandlungen über wichtige Punkte des Regierungsprogramms, in diesem Fall über die Finanzangelegenheiten, in diesem Fall über die Finanzangelegenheiten, in diesem Fall über die Finanzangelegenheiten.

in die Länge ziehen können. Bis zum Ende des Monats Februar ist der Reichstag noch nicht dazu gekommen, die Beratung des Gesetzes zu beenden. Das am 1. April in Kraft treten wird. Die erste und wichtigste legislative Arbeit der Großen Koalition soll aber die Fertigstellung des Staatsaltersplanes für 1929 sein.

Was zu befragen ist und vermerken werden muß, ist, daß mit den Vorschlägen nicht allzu viel Zeit verloren geht, deshalb müssen alle Streitigkeiten darauf erledigt werden, möglichst rasch die Einigung und Konfirmierung der parlamentarischen Verhältnisse zu erreichen. Die Große Koalition muß einmal in den Gatteln gefestigt werden, damit sie selten kann, damit Regierung und Parlament endlich wieder wirklich aktionsfähig werden. Nur so kann die Parlamentsverantwortlichkeit, die im Volk unangetastet vorhanden ist, aufrechterhalten werden.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hatte sich vorbehalten, nach Beendigung der Reparationsverhandlungen erneut Stellung zur politischen Lage zu nehmen, um die Bildung der gleichartigen Koalition in Preußen zu erreichen. Das wird leichter zu erreichen sein, wenn die Große Koalition im Reich bereits die ersten Erfolge ihrer Zusammenarbeit aufzuweisen hat. Die Bahn, die der Beschluß des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei freigemacht hat, ist nicht gerade eben und ohne Hindernisse, bietet aber immerhin eine Chance, die nicht länger Energie beanspruchen muß. Neue Schwierigkeiten, die sich aus den oben genannten Bedingungen der Koalition ergeben könnten, dürfen nicht entstehen. Die Beantwortung dafür könnte die Partei des Außenministers nicht tragen.

In dem zur Veröffentlichung übergebenen Manuskript der Rede Dr. Stresemanns ist, wie uns mitgeteilt wird, ein Satz ausgelassen worden, in dem Dr. Stresemann von seinem persönlichen Standspunkt sprach. Dr. Stresemann hat seine Meinung geäußert, die darin enthalten wurde, daß er nicht leicht in einer Zeit, die für unsinnigsten halten werden, sich aus dem aktiven politischen Leben zurückziehen. Diese Äußerung soll in der Beantwortung des Zentralvorstandes klar beachtet worden sein.

Die Pariser Arbeitsmethode

1st Paris, 26. Februar

Nachrichtendienst der "Börsigen Zeitung"

Die Sachverständigen-Konferenz hat heute keine Vollziehung abgelehnt. Dagegen haben die beiden Unterkommissionen für die Finanzfrage und Sachleistungen ihre Beratungen heute fortgesetzt. Heute waren in Paris die bereits gefassten in Aussicht genommenen beide Unterkommissionen zur Beilegung der Konfliktfragen amnestisch konstituiert worden. Dem Vorhinein führt der offizielle Delegierte Lord Curzon. Es nahen die fern: an Norzka (Frankreich), Reichler (Deutschland), Franqui (Belgien) und die beiden amerikanischen Delegierten Morgan und Somant.

Zwei Wochen vorstehenden Protokolls haben die Sachverständigen endlich die richtige Arbeitsmethode finden lassen. Der von dem Finanzminister nach einigen Jahren angenommenen Besuche Beratung zunächst über den Aufbau und die Organisation der beiden Sachlagen und erst dann über ihre Ziele zu verhandeln.

Der Kellogg-Pakt vor der Kammer

1st Paris, 26. Februar

Nach den Vereinigten Staaten, Deutschland und anderen europäischen Ländern findet nunmehr auch Frankreich sich an den Kampf gegen die verregneten Jahres unterzeichneten Antikriegspakt zu beteiligen.

Die französische Kammer hat heute nachmittags die Ratifikationsdebatte begonnen. Der von dem radikalistischen Abgeordneten Cot im Namen der außenpolitischen Kommission erstattete Bericht ist auf einen fortgeschrittenen Stand gekommen. Er bezieht sich zwar als einen großen Fortschritt, daß zum ersten Male in der Geschichte der Krieg nicht mehr als ein Recht, sondern als ein Verbrechen betrachtet wird; aber, so fügt er rühmend hinzu, eine Institution könne nur dann ein Recht sein, wenn sie durch ein Gesetz geschaffen wird, eine andere Gesetzgebung. Der Bericht auf den Krieg werde erst

hat die sichere Maßlinie in Gang gebracht. Selbst arbeitet sie, wie es sich für eine gute Maßlinie ergibt, reibungslos und ohne störendes Geräusch.

Die Methode ist gut, aber sie erfordert viel Geduld. Sie läßt Ergebnisse und Entschlüsse nur langsam reifen. Das Dawes-Komitee hat vor drei Jahren zwölf volle Wochen gefassten, viele Pläne und Kommissionsberatungen abgehalten, ohne sich bei der Reparationskommission, die zur Grundlage der historischen Reparationsregelung wurde, seine endgültige Stellung erklären konnte. Die Aufgabe des Young-Komitee ist nicht weniger schwierig und komplizierter als die seine. Auch ist beachtlich, daß sehr viel Zeit. Und genau wie damals wird das große Publikum sich mit Geduld wappnen müssen. Die Verhandlungen sind zu derzeit, um in aller Öffentlichkeit geführt werden zu können. Die von den Delegationen gemachten Mitteilungen bekräftigen sich mehr oder weniger auf die Bekanntheit der Delegationsmitglieder, aber weniger jammertliche Schilderung des äußeren Konferenzverlaufs.